

Rede des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Johannes Krause, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2008 der Stadt Halle

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

in der Abschlussberatung des Haushaltsplans 2010 hatte Herr Dr. Pohlack eine knifflige Aufgabe. Er musste uns erklären, wie die Verwaltung es schafft, mit 4 Millionen € für die Straßenunterhaltung auszukommen, für die sie selbst mindestens 5 Millionen € für notwendig hält. Nicht nur das, er musste uns auch noch davon überzeugen, dass mit den eingestellten 4 Millionen auch die Winterschäden zu beheben seien. Er musste diese Linie vertreten, weil die Haushaltsdisziplin das erforderte. Und er hat uns erklärt, er könne dies fachlich auch vertreten, obwohl er natürlich gern mehr Geld für diesen Bereich hätte.

Was beim ersten Hinhören widersprüchlich klingt, zeigt – wir haben inzwischen beträchtliche Fertigkeiten entwickelt, den Mangel zu verwalten. Das gilt für den ganzen Haushalt: Trotz erheblicher Einnahmeschwäche schaffen wir es im Ganzen, den Umfang der städtischen Aufgabenerfüllung aufrecht zu erhalten und die Stadt weiterzuentwickeln. Das schlägt sich in den Werten der aktuellen Bürgerumfrage nieder. Die Hallenserinnen und Hallenser finden trotz alledem ihre Stadt Halle mehrheitlich lebenswert und fühlen sich ihrer Stadt verbunden.

Wir haben gleichwohl keinen Anlass, stolz auf die im vergangenen Jahrzehnt erworbene Kompetenz im Kürzen, Schieben und Strecken zu sein. Das hat nämlich einen hohen Preis. An vielen Stellen wird die Substanz unserer städtischen Infrastruktur verschlissen. Aufgaben der baulichen Unterhaltung werden beschränkt und Anschaffungen werden hinausgeschoben. Das geht nicht noch einmal zehn Jahre so weiter gut. Noch schlimmer ist, dass wir trotz aller Sparmaßnahmen immer wieder neue Kassenschulden aufbauen.

Dieser Lernprozess in Sachen Sparen, in Wirklichkeit ist das ja kein Sparen, sondern Kürzen, ging zu Lasten des öffentlichen Lebens in unserer Stadt. Ihn durchzumachen wäre zumindest teilweise nicht nötig gewesen, wenn das Land uns die Möglichkeit gäbe, das durchschnittliche Einnahmenniveau der anderen ostdeutschen Großstädte dauerhaft und aus eigener Kraft zu erreichen. Hier hat die Landespolitik – und da schließe ich ausdrücklich unsere eigene Partei mit ein – versagt, zum Schaden der Stadt, ihres Umfeldes und des gesamten Landes. Der Großteil des strukturellen Defizits ist den schwachen Einnahmen der Stadt geschuldet. Dort muss angesetzt werden. Wir haben ein gravierendes Einnahme- und kein Ausgabeproblem. Ich kenne das gelangweilte Lächeln mancher Politiker in Magdeburg bei diesem Thema. Das nimmt meiner Feststellung aber nichts von ihrer Richtigkeit.

Selbst in den außerordentlich guten Gewerbesteuerjahren 2008 und 2009 haben wir mit 47 bzw. 43 Millionen € weit weniger Gewerbesteuern eingenommen als der Durchschnitt der ostdeutschen Großstädte. Wenn beispielsweise im Jahr 2008 bei den gesamten Steuereinnahmen Dresden bei 823 € pro Einwohner, Chemnitz bei 656 €, Leipzig bei 729 €, Magdeburg bei 679 € und Halle bei 524 € pro Einwohner liegt, resultiert das aus unserer Schwäche bei den Gewerbesteuern. Solange ein Teil des realen halleschen Wirtschaftsraums gebietskörperschaftlich nicht mit der Stadt verbunden ist, wird sich daran im Grundsatz nichts ändern. Selbst Gera hat 2008 mit 201 € 12 € pro Einwohner mehr als Halle an Gewerbesteuern eingenommen.

Das Land hat selbst ermittelt, dass es die 25 bis 30 Millionen an eigenen Einnahmen, die uns im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt fehlen, durch Zuweisungen des Finanzausgleichs ausgleichen müsste. Solange das nicht geschieht, wird es uns selbst in guten Jahren kaum gelingen, den Haushalt auszugleichen. Eine dauerhafte Konsolidierung wird erst möglich sein, wenn die Verteilung der Mittel nach dem Finanzausgleichsgesetz wirklich aufgabenbezogen erfolgt und dieser Ausgleich durchgeführt wird. Die SPD-Fraktion wird das gegenüber dem Land weiter einfordern.

Mit dem Hinweis auf die fremd verschuldete Einnahmeschwäche als eigentliche Ursache unserer Haushaltslage will ich übrigens nicht sagen, dass wir nicht weitere Sparanstrengungen unternehmen müssen und können.

Selbst wenn wir bei den Einnahmen den Durchschnitt der ostdeutschen Großstädte erreichen, werden wir weiter sparen müssen. Denn davon wird abhängen

- wie stabil der Haushaltsausgleich sein wird - wenn wir ihn erreicht haben - ,
- wie wir die andauernde Unterfinanzierung ganzer Aufgabenbereiche, die ich angedeutet habe, auflösen
- und wie groß unsere Gestaltungsspielräume mittelfristig ausfallen werden.

Wir alle wissen, dass das nicht mehr mit den Instrumenten der Konsolidierungspakete I bis III gehen wird. In der Verwaltung selbst weiter zu sparen, muss zukünftig mit einer Überprüfung von Umfang und Standard der erfüllten Aufgaben einhergehen. Darüber hinaus müssen wir Investitionen in der städtischen Infrastruktur stemmen, die zu mehr Wirtschaftlichkeit führen. Das betrifft nicht nur die energetische Gebäudesanierung, sondern wir haben z. B. den den Änderungsantrag zum Erhalt und zur Sanierung der Straßen vorliegen.

Ich weiß, da hat jeder schnell einen Einzelvorschlag bei der Hand. Aber so einfach wird es nicht werden.

Ich will das am Beispiel der Personalkostenentwicklung verdeutlichen. Ein Prozent Personalkostensteigerung generiert in der Kernverwaltung höhere Ausgaben von 1,2 Millionen €. Um einen solchen Betrag innerhalb des Personalkostenbereichs zu erwirtschaften, müssten etwa 25 Stellen abgebaut werden. Der ab diesem Jahr vorgesehene Abbau von 200 Stellen in der Kernverwaltung wird bezogen auf die heutigen durchschnittlichen Personalkosten etwa 9,2 Millionen € sparen. Das entspricht Tarifsteigerungen in Höhe von etwa 8 %. Man muss kein Prophet sein um zu erkennen, dass diese Einsparungen um das Jahr 2015 herum, von den Tarifsteigerungen für das verbleibende Personal aufgebraucht werden. Dabei hat die Verwaltung schon jetzt eine aus finanzpolitischer Sicht überdurchschnittlich gute Personalausgabenquote von 23,1 % erreicht.

Um über das Auffangen der unvermeidlichen Kostensteigerungen hinaus Spielräume zu öffnen, müssen wir mehr machen. Wir werden – auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Stadt nach Einwohnern kleiner wird – den Umfang bei der Erbringung von Leistungen prüfen müssen. Die Debatte um die städtischen Friedhöfe haben wir schon auf dem Tisch. Andere werden folgen. Ich fordere die Verwaltungsspitze hier ausdrücklich dazu auf, diesen Prozess zu starten und offensiv voranzutreiben. Das Verfahren der Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung bei den Fachkonzepten hat sich bewährt und sollte auch für das Haushaltskonsolidierungspaket IV wieder angewendet werden. Der damalige Lenkungsausschuss hat bei der Entwicklung der gültigen Fachkonzepte gut gearbeitet und sollte umgehend zur Weiterarbeit wieder eingesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Vergleich zum Verwaltungshaushalt ist es angenehm über den Vermögenshaushalt zu reden. Trotz aller Widrigkeiten ist es gelungen, die Voraussetzungen für den Stadionneubau zu schaffen. Das war eine richtige und wichtige sportpolitische Entscheidung, eine große Leistung und diese Leistung bleibt. Auch in anderen Bereichen saniert die Stadt wichtige Infrastruktur oder baut neu. Mit diesem Haushalt bringen wir bauliche Verbesserungen an einer Reihe von Schulstandorten und Kultureinrichtungen auf den Weg, In die städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebiete fließen immerhin 11,4 Millionen €. Der Bau der Europachaussee und der Ausbau von Delitzscher und Beesener Straße werden fortgesetzt. Die Liste kann sich sehen lassen.

Aber auch der Vermögenshaushalt ist, in jedem Fall auf mittlere Sicht, unterfinanziert. Dass wir an vielen Stellen den DDR-Investitionsstau auch nach 20 Jahren nicht abgebaut haben, ist bedrückend. Man sieht das nach dem Winter an dem Zustand vieler Straßen. Und wo wären wir bei den Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten, Kultureinrichtungen und Sportanlagen ohne die Mittel des Konjunkturpaketes?

Mit dem Programm STARK II werden wir durch das Land im Bereich unserer Vermögensschulden erheblich und beginnend schon in diesem Haushaltsjahr entlastet. Diese Entlastung wirkt weit über den Programmzeitraum hinaus positiv und ich will dem Finanzminister an dieser Stelle für seine diesbezügliche Initiative ausdrücklich danken.

Auch in diesem Bereich gilt: Es ist wichtig und richtig, kreativ und ungewöhnlich zu handeln. Der Erfolg bei den PPP-Projekten spricht für sich. Acht Schulen und vier Kindertagesstätten sind zwischen 2007 und 2009 saniert bzw. neu gebaut worden. Ich wiederhole das, weil mancher bis heute das Haar in der Suppe sucht: Aus dem kommunalen Vermögenshaushalt hätten wir für keine der Schulen und für vielleicht für eine der KiTa's die Mittel aufbringen können. Wer das alte Haus der Kindertagesstätte „Georg Friedrich-Händel“ oder das Haus D der KGS „Wilhelm von Humboldt“ – das alte Pionierhaus von Halle-Neustadt – kennt, weiß, dass es zu PPP keine Alternative gab. Aber diese Form der Finanzierung von Investitionen ist nicht unbegrenzt anwendbar. Auch im investiven Bereich wird viel davon abhängen, wie Bund und Land den Rahmen setzen.

Unseren Änderungsantrag bezüglich des kostenlosen Mittagessens, diesen Deckungsvorschlag ziehe ich hiermit zurück, weil durch die Abstimmung, die vorher gelaufen ist, er zunächst erst mal gegenstandslos geworden ist. Allerdings glaube ich, werden uns die Probleme und das Thema auch weiterhin begleiten, weil es damit einfach nicht erledigt ist.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimmen. Wir werden auch – hier kehre ich zum Anfang meiner Ausführungen zurück – der Umschichtung zugunsten der Straßenunterhaltung zustimmen. Denn wenngleich wir ihre Fertigkeiten in der Verwaltung des Mangels kennen, glauben wir nicht, dass die Kollegen vom Tiefbauamt zaubern können.

Ich danke Frau Oberbürgermeisterin, den Beigeordneten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erarbeitung des Haushaltplanentwurfs beteiligt waren. Das Bemühen, das Defizit trotz der schwierigen Rahmenbedingungen zu begrenzen, hat bei der Haushaltsaufstellung ebenso schwere Entscheidungen gefordert, wie sie heute dem Rat abverlangt werden. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen für die gute Atmosphäre in den Beratungen des Finanzausschusses. Ich bitte alle Fraktionen des Stadtrates darum, diese Beratungsfolge heute mit einer breiten Zustimmung zu einem guten Abschluss zu bringen.

Vielen Dank!